

# Partizipation 2.0

**Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, spricht über die Entwicklungen von E-Partizipation sowie über die Chancen und Risiken von Politik im Web. Außerdem erklärt er Veränderungen in der politischen Bildung.**

*Herr Krüger, was bedeutet das Internet für die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Fragen?*

Das Internet ist eine gesellschaftliche Plattform. Es entwickelt sich immer mehr zu einem Kulturraum, in dem man sich aufhält und mit anderen ins Gespräch kommt. Selbstorganisierte Gemeinschaften von ehrenamtlichen, engagierten Menschen finden sich dort zusammen und tauschen sich aus – Grenzen wie formeller Status, Geschlecht, Alter und Geografie spielen dabei keine Rolle. Im Netz veröffentlichen ungezählte Blogger ihre Meinung zu Themen, die ihnen wichtig sind – höchst motiviert von der Sache an sich und losgelöst davon, ob sie damit 100.000, 1.000 oder auch nur 10 Menschen erreichen. Hier erheben Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme, äußern ihren Unmut über politische Entwicklungen und machen Verbesserungsvorschläge. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass rund 30 Prozent der deutschen Bevölkerung noch keinen Internet-Zugang haben. Dadurch prägt das Netz nicht nur den Gemeinsinn, sondern begünstigt auch die Bildung von Teilöffentlichkeiten und fördert möglicherweise sogar eine Spaltung zwischen der digitalen Kommunikationselite und den abgehängten Analog.

*Entsteht durch soziale Medien wie Facebook oder Twitter eine neue Debattenkultur?*

Man muss sich nur auf den Online-Plattformen wie Facebook, YouTube und Flickr umschauen. Diese Websites werden von ihrer Community mit Leben gefüllt. Dabei geht es nicht nur um die Veröffentlichung von Inhalten, sondern immer auch um Kommunikation. Alle genannten Plattformen leben vom Diskurs der User untereinander. Aber das Web 2.0 macht nicht gleich aus jedem Wikipedia-Leser einen aktiven Bürger und nicht jeder, der hinter einer politischen Forderung auf Facebook den „Gefällt mir“-Button angeklickt hat, darf als politischer Aktivist gelten.

*Können Sie den Unterschied zwischen E-Partizipation 1.0 und 2.0 kurz erläutern?*

Die Begriffe E-Government und E-Demokratie kursieren schon seit einiger Zeit. In diesem Zusammenhang bedeutet E-Partizipation 1.0, dass die Beteiligung von staatlichen Institutionen initiiert wird und die Bürger dazu gebeten werden. Bei diesen Formen der Partizipation gibt es also eine Trennung zwischen Initiator und Mitmachenden. Die Hürden für Bürger

sinken, weil sie sich zeit- und ortsunabhängig ein Bild machen und eigene Standpunkte einbringen können. Partizipation 2.0 meint hingegen Beteiligung, die nicht von oben initiiert wird, sondern vom Bürger ausgeht. Die Parallelen zum Web 2.0 bedeuten, dass jeder gleichzeitig Konsument und Produzent ist.



Thomas Krüger

*Gibt es Entwicklungen hin zu einer netzbasierten Partizipation 3.0?*

Es wird bereits diskutiert, ob sich die Netzgemeinschaft als fünfte Macht im Staat oder, wenn man die etablierten Lobbyisten mitzählt, als sechste Macht etabliert, welche die öffentlichen Angelegenheiten kritisch begleitet und kontrolliert. Bürger können Informationen auch selbst prüfen und eigene Positionen dazu veröffentlichen. So testet beispielsweise die Piratenpartei mit Delegated Voting, Liquid Feedback oder Liquid Democracy neue Formen der demokratischen Entscheidungsfindung. Das Internet macht die Koordination solcher Verfahren wesentlich einfacher.

*Welche Chancen und Risiken sehen Sie bei Politik im Web?*

Mit mehr Partizipation und mehr Transparenz geht zunächst einmal ein Kontrollverlust einher. Möglicherweise werden die eigenen Aktivitäten von anderen im Netz weiterverbreitet und kommentiert. Wenn alle ihre Meinung dazu sagen können, ist das mitunter sehr unsachlich und beleidigend. Netzbasierte Partizipation kann für die Politik aber auch eine Brücke zwischen direkter und repräsentativer Demokratie sein. Sie sprechen auf diesem Wege auch Menschen

nikation mit den Kunden. Eine Web-Seite muss Möglichkeiten für den Dialog bieten. Außerdem muss sich die politische Bildung aktiv an die Nutzer wenden, also Social Media einsetzen und dort mit den Menschen diskutieren. Wir müssen uns öffnen, wenn wir wollen, dass unsere Inhalte verbreitet werden. Wir müssen dann unsere Videos von anderen Websites einbetten lassen und unsere Essays und Bücher unter eine freie Lizenz stellen. Auch das bedeutet einen Kontrollverlust. Bei Veranstaltungen können die Teilnehmer den geschützten Raum mittels Handy

kreisen um Themen, die für die Netz-Community relevant sind. Aber das Internet inspiriert Menschen dazu, sich grundsätzliche Gedanken zur Demokratie zu machen. Auch damit muss sich die politische Bildung beschäftigen. Immer noch fühlen sich viele Menschen von der Politik nicht angesprochen und daran ändert auch das Internet nichts. Wir haben es mit einem Exklusionsproblem zu tun, das in repräsentativen Demokratien virulent ist. E-Partizipation spitzt das allem Anschein nach noch einmal drastisch zu. Insofern brauchen wir Kompensate, um nicht eine reprä-

## „E-Partizipation kann für die Politik eine Brücke zwischen direkter und repräsentativer Demokratie sein.“

an, die mit traditionellen Formaten wie beispielsweise gedruckten Parteiprogrammen nicht zu erreichen sind, zumal die Schwellen für eine Beteiligung über das Internet deutlich gesunken sind. Aus diesem Grund kann Politik im Web dazu beitragen, das Verständnis für gesellschaftliche Sachverhalte zu verbessern und die Qualität und die Legitimation von Entscheidungsprozessen zu erhöhen. Sie kann Transparenz schaffen und das Vertrauen in politische Prozesse und Institutionen stärken.

*Welche Veränderungen ergeben sich durch den Einsatz des Internet speziell für die politische Bildung?*

Die Veränderungen betreffen sowohl unser Print- und Online-Publikationsangebot als auch unsere Veranstaltungen. Bisher war unser Ziel die reine Informationsverbreitung. Heute brauchen wir Rückkanäle für die Kommu-

oder Laptop mit Kamera und Internet-Zugang aufheben, indem sie ein Video ins Netz stellen oder twittern. Wir bräuchten hierfür Konventionen, wann und wie wir einen geschützten Raum definieren. Bei vielen Veranstaltungen braucht es diesen Schutz allerdings nicht und dann erreichen die Inhalte auch Menschen, die nicht zum Veranstaltungsort kommen können oder wollen. Außerdem können sich über einen Chat oder eine Twitterwall interessierte Menschen von überall aus an der Diskussion beteiligen. Die politische Bildung muss damit umgehen lernen und sich den Nutzenden zur Verfügung stellen.

*Welche Herausforderungen erwarten Sie für die Zukunft?*

Die meisten Ansätze der E-Partizipation haben oft nur eine Optimierung oder Ergänzung der bisherigen Ansätze zum Ziel und

sentative Demokratie der etablierten Mittelschicht zu produzieren. Ein denkbare Instrument ist die Einrichtung einer Wahlpflicht, die zwar die Freiheit zur Wahl in vertretbarem Maße einschränkt, dafür aber eine gerechtere Repräsentanz in Parlamenten und Regierungen gewinnt. Wir dürfen den Anschluss an die Bürgerinnen und Bürger nicht verlieren, denn was Philipp Müller von der Salzburg Management Business School in Bezug auf die Politik sagt, gilt auch für die politische Bildung: Wenn die Institution nicht mitmachen will, dann machen es die Bürger eben allein.

*Interview: Claudia Schmidtkonz*

### Link-Tipp

Weitere Informationen zur Bundeszentrale für politische Bildung unter:

- [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

Weitere Links finden Sie unter [www.kommune21.de](http://www.kommune21.de).